



d

Jobcenter Leipzig, Georg-Schumann-Str. 150, 04159 Leipzig

Ihr Zeichen:
Ihre Nachricht:
Mein Zeichen: 547,-075A781799
Kundennummer: [REDACTED]
(Bei jeder Antwort bitte angeben)
BIG-Nummer: [REDACTED]

Durchwahl: (0341) 913 10705
Online: www.jobcenter.digital

Datum: 11. Juli 2024



Versagung von Leistungen

Sehr geehrter Herr [REDACTED]

die Leistungen zur Sicherung des Lebensunterhalts nach dem Zweiten Buch Sozialgesetzbuch (SGB II) werden ab 1. August 2024 für Sie und die Mitglieder Ihrer Bedarfsgemeinschaft ganz versagt.

Ankündigung August 2024

Begründung:

Sie wurden am 7. Mai, 5. Juni und 18. Juni 2024 aufgefordert, fehlende Unterlagen einzureichen. Trotz dieser Aufforderung haben Sie folgende Unterlagen bisher nicht eingereicht:

Zur Prüfung des Einkommens:

nicht Teil der Bedarfsgemeinschaft

- Angaben zum Einkommen und Vermögen Ihrer Ehefrau
(geht Ihre Ehefrau einer Beschäftigung nach? Liegt ggf. Selbständigkeit vor? Erhält Ihre Ehefrau Entgeltersatzleistungen? Bestehen Ansprüche gegenüber Dritten? Angaben zur Kranken- und Pflegeversicherung)

Eigentum geschützt

- Angaben zum Einkommen und Vermögen Ihres Kindes (ggf. Schulbescheinigung, Kindergeldbescheid)

Allgemeines:

nicht Teil der Bedarfsgemeinschaft

- Kontoauszüge von jedem Konto, das von den Mitgliedern der Bedarfsgemeinschaft geführt wird für den Zeitraum vom 1.3.24 bis 31.5.24

Was ich zwischen durch mit nemon Eigentum mache ist mir 2.

JCL1s66-40

Postanschrift
Jobcenter Leipzig
Georg-Schumann-Str. 150
04159 Leipzig

Besucheradresse
Georg-Schumann-Str. 150
04159 Leipzig

Bankverbindung
BA-Service-Haus
Bundesbank
IBAN: DE50 7600 0000 0076 0016 17
BIC: MARKDEF1760
Internet: www.jobcenter-leipzig.de

Öffnungszeiten
Mo. bis Fr. 9:00 - 12:00 Uhr
Di. 9:00 - 16:00 Uhr, ab 16:00 Uhr
vorwiegend für Personen in
Beschäftigung und Weiterbildung

Einen Termin können Sie von
Mo. bis Fr. 10:00 bis 16:00 Uhr
unter folgender Rufnummer
vereinbaren: 0341 913 10705

Wussten Sie schon?
Ihre Anliegen können Sie
unkompliziert und von zu Hause
aus online erledigen
www.jobcenter.digital

Suche

Zur Prüfung der Kosten für Unterkunft und Heizung:

- Vorlage des Mietvertrages *Wohnung mangelbehaftet*
- aktuelle Betriebs- und Heizkostenabrechnung
- Nachweis der aktuellen Mithöhe (aufgeschlüsselt in Grundmiete, Betriebs- und Heizkosten) *geschickt*

Zur Prüfung des Vermögens:

- Anlage VM (Selbstauskunft) für alle Mitglieder der Bedarfsgemeinschaft oder Angaben zum Vermögen auf andere Art und Weise *negativ geantwortet*

Die Leistungen werden Ihnen ganz versagt, da Sie Ihren Mitwirkungspflichten nicht nachgekommen sind (§§ 60 Absatz 1 und 66 Absatz 1 Erstes Buch Sozialgesetzbuch – SGB I).

Wer Sozialleistungen beantragt, hat alle Tatsachen anzugeben, die für die Leistung erheblich sind (§ 60 Absatz 1 SGB I). Kommt derjenige, der Sozialleistungen beantragt, seinen Mitwirkungspflichten nicht nach und wird hierdurch die Aufklärung des Sachverhalts erheblich erschwert, können die Leistungen bis zur Nachholung ganz oder teilweise versagt werden (§ 66 SGB I).

Sie haben keine Gründe mitgeteilt, die im Rahmen der Ermessensentscheidung zu Ihren Gunsten berücksichtigt werden konnten.

Es war Ihnen zu jeder Zeit möglich, innerhalb der angegebenen Frist die geforderten Nachweise vorzulegen. Diese Möglichkeit haben Sie weder persönlich, postalisch noch per E-Mail wahrgenommen oder Gründe mitgeteilt, die es Ihnen nicht möglich gemacht haben, die geforderten Nachweise einzureichen. Auch über das Online-Portal jobcenter.digital haben Sie keine Mitteilung oder Nachweise eingereicht.

Sie sind der Aufforderung, oben genannte Unterlagen einzureichen, und damit Ihren Mitwirkungspflichten nicht nachgekommen. Daher kann der Anspruch nicht geprüft werden.

Nach Abwägung des Sinns und Zwecks der Mitwirkungsvorschriften mit Ihrem Interesse an den Leistungen, sowie dem öffentlichen Interesse an Wirtschaftlichkeit und Sparsamkeit, werden die Leistungen zur Sicherung des Lebensunterhalts nach dem Zweiten Buch Sozialgesetzbuch für Sie ganz ab dem 1. August 2024 versagt (§ 66 SGB I).

Das bedeutet, dass Sie keine Leistungen zur Sicherung des Lebensunterhalts erhalten.

Rechtsbehelfsbelehrung:

Gegen diesen Bescheid kann jede betroffene Person oder ein von dieser bevollmächtigter Dritter innerhalb eines Monats nach Bekanntgabe Widerspruch erheben.

Für minderjährige oder nicht geschäftsfähige Personen handelt deren gesetzlicher Vertreter.

Für die Erhebung des Widerspruchs stehen folgende Möglichkeiten zur Verfügung:

1. Schriftlich oder zur Niederschrift

Der Widerspruch kann schriftlich bei der im Briefkopf genannten Stelle eingelegt werden. Auch kann die im Briefkopf genannte Stelle aufgesucht und der Widerspruch dort schriftlich aufgenommen werden.

2. Auf elektronischem Weg

- 2.1. Durch E-Mail mit qualifizierter elektronischer Signatur an die im Briefkopf genannte Stelle. Hierfür wird eine qualifizierte elektronische Signaturkarte benötigt.
- 2.2. Durch De-Mail in der Sendevariante mit bestätigter sicherer Anmeldung, wenn die im Briefkopf genannte Stelle ebenfalls über eine De-Mail-Adresse verfügt. Dafür wird eine De-Mail-Adresse benötigt.
- 2.3. Durch Übermittlung mittels elektronischen Dokuments, das mit einer qualifizierten elektronischen Signatur versehen ist, über ein EGVP-Postfach oder das besondere Anwaltspostfach (beA) an das im SAFE-Verzeichnis (sichere Verzeichnisdienste) gelistete besondere Behördenpostfach (beBPo) der im Briefkopf genannten Stelle. Dafür wird ein EGVP-Postfach beziehungsweise ein besonderes Anwaltspostfach benötigt.
- 2.4. Über das Kundenportal der Bundesagentur für Arbeit. Dafür wird ein neuer elektronischer Personalausweis (nPA) oder eine eID-Karte oder ein elektronischer Aufenthaltstitel (eAT) benötigt. Hierbei kann die Funktion "Widerspruch einlegen" über die Internetseite <https://www.arbeitsagentur.de/eservices> genutzt werden. Außerdem ist die Anmeldung mit dem eigenen Benutzernamen und Passwort erforderlich.

Mit freundlichen Grüßen
im Auftrag

Glatz

Anlage:
Gesetzestexte zu Ihrer Information (§§ 60, 66 SGB I)

Bitte beachten Sie:

Ob die Leistungen nachträglich ganz oder teilweise erbracht werden können, wird geprüft, wenn Sie Ihre Mitwirkung nachholen und die Leistungsvoraussetzungen dafür vorliegen. In diesem Fall wird die oben genannte Entscheidung nochmals überprüft.

In der Zeit, in der Sie keine Leistungen zur Sicherung des Lebensunterhalts erhalten, werden Ihre Beiträge zur Krankenversicherung nicht mehr durch den zuständigen Leistungsträger übernommen. Ihr Krankenversicherungsschutz ist jedoch – unabhängig vom Leistungsbezug – weiterhin gewährleistet. Bitte setzen Sie sich wegen der Durchführung Ihrer Krankenversicherung unverzüglich mit Ihrer Krankenkasse beziehungsweise Ihrem Krankenversicherungsunternehmen in Verbindung. Diese werden Sie über Ihre Rechte und Möglichkeiten informieren. Dies gilt auch für die Zeiten während eines künftigen beziehungsweise laufenden Widerspruchs- oder Klageverfahrens.

es gilt nur SGB 2

Auszug aus dem Ersten Buch Sozialgesetzbuch (SGB I)

§ 60 SGB I Angabe von Tatsachen

- (1) Wer Sozialleistungen beantragt oder erhält, hat
 1. alle Tatsachen anzugeben, die für die Leistung erheblich sind, und auf Verlangen des zuständigen Leistungsträgers der Erteilung der erforderlichen Auskünfte durch Dritte zuzustimmen,
 2. Änderungen in den Verhältnissen, die für die Leistung erheblich sind oder über die im Zusammenhang mit der Leistung Erklärungen abgegeben worden sind, unverzüglich mitzuteilen,
 3. Beweismittel zu bezeichnen und auf Verlangen des zuständigen Leistungsträgers Beweisurkunden vorzulegen oder ihrer Vorlage zuzustimmen.

Satz 1 gilt entsprechend für diejenigen, der Leistungen zu erstatten hat.

- (2) Soweit für die in Absatz 1 Satz 1 Nr. 1 und 2 genannten Angaben Vordrucke vorgesehen sind, sollen diese benutzt werden.

§ 66 SGB I Folgen fehlender Mitwirkung

- (1) Kommt derjenige, der eine Sozialleistung beantragt oder erhält, seinen Mitwirkungspflichten nach den §§ 60 bis 62, 65 nicht nach und wird hierdurch die Aufklärung des Sachverhalts erheblich erschwert, kann der Leistungsträger ohne weitere Ermittlungen die Leistung bis zur Nachholung der Mitwirkung ganz oder teilweise versagen oder entziehen, soweit die Voraussetzungen der Leistung nicht nachgewiesen sind. Dies gilt entsprechend, wenn der Antragsteller oder Leistungsberechtigte in anderer Weise absichtlich die Aufklärung des Sachverhalts erschwert.
- (2) ...
- (3) Sozialleistungen dürfen wegen fehlender Mitwirkung nur versagt oder entzogen werden, nachdem der Leistungsberechtigte auf diese Folge schriftlich hingewiesen worden ist und seiner Mitwirkungspflicht nicht innerhalb einer ihm gesetzten angemessenen Frist nachgekommen ist.

Warum SGB I ?